

Sicherheitsrat

Verteilung: Allgemein
28. März 2002

Resolution 1400 (2002)

**verabschiedet auf der 4500. Sitzung des Sicherheitsrats
am 28. März 2002**

Der Sicherheitsrat,

unter Hinweis auf seine früheren Resolutionen und die Erklärungen seines Präsidenten zur Situation in Sierra Leone,

in Bekräftigung des Bekenntnisses aller Staaten zur Achtung der Souveränität, politischen Unabhängigkeit und territorialen Integrität Sierra Leones,

mit Genugtuung über die Tagung der Präsidenten der Mano-Fluss-Union, die am 27. Februar 2002 auf Einladung Seiner Majestät des Königs von Marokko in Rabat stattfand,

erfreut über die weiteren Fortschritte im Friedensprozess in Sierra Leone, namentlich die Aufhebung des Notstands, mit Lob über die positive Rolle, die die Mission der Vereinten Nationen in Sierra Leone (UNAMSIL) bei der Förderung des Friedensprozesses übernommen hat, und seine weitere Festigung fordernd,

dem Frauen-Friedensnetzwerk der Mano-Fluss-Union und anderen Initiativen der Zivilgesellschaft *nahe legend*, auch weiterhin zum Frieden in der Region beizutragen,

feststellend, dass die Situation in Sierra Leone auch weiterhin eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit in der Region darstellt,

mit dem Ausdruck seiner Besorgnis über die prekäre Situation in der Region des Mano-Flusses, über die beträchtliche Zunahme der Flüchtlinge und die humanitären Folgen für die Zivilbevölkerung, die Flüchtlinge und die Binnenvertriebenen in der Region,

betonend, wie wichtig freie, faire, transparente und alle Seiten einschließende Wahlen sind, und die Fortschritte begrüßend, die die Regierung Sierra Leones und die Nationale Wahlkommission Sierra Leones bei der Vorbereitung der Wahlen, insbesondere bei der Registrierung der Wähler, erzielt haben,

erneut betonend, welche Bedeutung der wirksamen Ausdehnung der staatlichen Autorität auf das ganze Land, der Wiedereingliederung der ehemaligen Kombattanten, der freiwilligen und ungehinderten Rückkehr der Flüchtlinge und Binnenvertriebenen, der vollen Achtung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit und wirksamen Maßnahmen in

Bezug auf Straflosigkeit und Rechenschaftspflicht zukommt, unter besonderer Berücksichtigung des Schutzes von Frauen und Kindern, und die anhaltende Unterstützung der Vereinten Nationen für die Verwirklichung dieser Ziele hervorhebend,

mit Genugtuung über das Abkommen zwischen den Vereinten Nationen und der Regierung Sierra Leones über die Schaffung eines Sondergerichtshofs für Sierra Leone und die Empfehlungen der Planungsmission betreffend die Schaffung des Sondergerichtshofs für Sierra Leone (S/2002/246) sowie den Bericht des Generalsekretärs vom 14. März 2002 (S/2002/267), wonach die UNAMSIL dem Sondergerichtshof administrative und die entsprechende sonstige Unterstützung gewähren soll,

hervorhebend, wie wichtig es ist, dass die UNAMSIL die Regierung Sierra Leones auch weiterhin bei der Festigung des Friedens und der Stabilität nach den Wahlen unterstützt,

nach Behandlung des Berichts des Generalsekretärs vom 14. März 2002 (S/2002/267),

1. *beschließt*, das Mandat der UNAMSIL um einen Zeitraum von sechs Monaten ab dem 30. März 2002 zu verlängern;

2. *dankt* denjenigen Mitgliedstaaten, die Truppen und Unterstützungsanteile für die UNAMSIL zur Verfügung stellen, sowie denjenigen, die entsprechende Zusagen abgegeben haben;

3. *begrüßt* das in Ziffer 10 des Berichts des Generalsekretärs vom 14. März 2002 (S/2002/267) ausgeführte militärische Einsatzkonzept für die UNAMSIL für das Jahr 2002 und ersucht den Generalsekretär, den Rat in regelmäßigen Abständen über die Fortschritte zu unterrichten, die die UNAMSIL bei der Verwirklichung der wichtigsten Aspekte des Konzepts und bei der Planung der folgenden Phasen erzielt;

4. *ermutigt* die Regierung Sierra Leones und die Revolutionäre Einheitsfront (RUF), sich verstärkt um die vollinhaltliche Durchführung der Waffenruhevereinbarung zu bemühen, die am 10. November 2000 von der Regierung Sierra Leones und der RUF in Abuja unterzeichnet (S/2000/1091) und am 2. Mai 2001 auf der Tagung der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten (ECOWAS), der Vereinten Nationen, der Regierung Sierra Leones und der RUF in Abuja bekräftigt wurde;

5. *legt* der Regierung Sierra Leones und der RUF *nahe*, weiterhin Schritte zur Förderung des Dialogs und der nationalen Aussöhnung zu unternehmen, und unterstreicht in diesem Zusammenhang, wie wichtig die Wiedereingliederung der RUF in die sierra-leonische Gesellschaft und die Umwandlung der RUF in eine politische Partei ist, und verlangt, dass alle nicht dem Staat unterstehenden militärischen Strukturen unverzüglich und auf transparente Weise abgebaut werden;

6. *begrüßt* den formellen Abschluss des Entwaffnungsprozesses, bekundet seine Besorgnis über die ernsthafte Finanzierungslücke in dem von mehreren Gebern finanzierten Treuhandfonds für das Entwaffnungs-, Demobilisierungs- und Wiedereingliederungsprogramm, und fordert die Regierung Sierra Leones nachdrücklich auf, sich aktiv um die dringend benötigten zusätzlichen Mittel für die Wiedereingliederung zu bemühen;

7. *betont*, dass der Auf- und Ausbau der Verwaltungskapazitäten der Regierung Sierra Leones eine wesentliche Voraussetzung für dauerhaften Frieden und nachhaltige Entwicklung sowie für die Abhaltung freier und fairer Wahlen ist, und fordert daher die Regierung Sierra Leones nachdrücklich auf, mit Unterstützung der UNAMSIL, nach Maßgabe ihres Mandats, die Wiederherstellung der Zivilgewalt und der öffentlichen Dienste im

ganzen Land, insbesondere in den Diamantenabbaugebieten, zu beschleunigen, namentlich durch die Abordnung der wichtigsten Verwaltungsbediensteten und die Stationierung von Polizeikräften sowie durch die Heranziehung der sierra-leonischen Armee für Grenzschutzaufgaben, und fordert die Staaten, die internationalen Organisationen und die nichtstaatlichen Organisationen auf, bei den breitgefächerten Normalisierungsanstrengungen Hilfe zu leisten;

8. *begrüßt* die Einrichtung des Wahlanteils der UNAMSIL und die Einstellung von 30 zusätzlichen Zivilpolizeiberatern, um die Regierung Sierra Leones und die sierra-leonische Polizei bei der Vorbereitung der Wahlen zu unterstützen;

9. *begrüßt* die am 16. Januar 2002 erfolgte Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Regierung Sierra Leones und den Vereinten Nationen über die Schaffung eines Sondergerichtshofs für Sierra Leone, wie in der Resolution 1315 (2000) vom 14. August 2000 vorgesehen, fordert die Geber nachdrücklich auf, mit Vorrang die von ihnen zugesagten Mittel an den Treuhandfonds für den Sondergerichtshof auszusahlen, sieht mit Interesse der zügigen Arbeitsaufnahme des Gerichtshofs entgegen und billigt es, dass die UNAMSIL dem Sondergerichtshof, unbeschadet ihrer Kapazität zur Wahrnehmung ihres festgelegten Mandats, auf der Grundlage der Kostenerstattung administrative und entsprechende sonstige Unterstützung gewährt;

10. *begrüßt* die Fortschritte, die die Regierung Sierra Leones zusammen mit dem Generalsekretär, der Hohen Kommissarin der Vereinten Nationen für Menschenrechte und anderen maßgeblichen internationalen Akteuren bei der Einrichtung der Kommission für Wahrheit und Aussöhnung erzielt haben, und fordert die Geber nachdrücklich auf, mit Vorrang Finanzmittel dafür bereitzustellen;

11. *begrüßt* das am 27. Februar 2002 in Rabat abgehaltene Gipfeltreffen der Präsidenten der Mano-Fluss-Union, fordert die Präsidenten nachdrücklich auf, den Dialog fortzusetzen und die von ihnen eingegangenen Verpflichtungen zur Konsolidierung des Friedens und der Sicherheit in der Region umzusetzen, und befürwortet die laufenden Bemühungen der ECOWAS um eine dauerhafte und endgültige Beilegung der Krise in der Region der Mano-Fluss-Union;

12. *bekundet seine ernsthafte Besorgnis* über die Gewalt, insbesondere die sexuelle Gewalt, die Frauen und Kinder während des Konflikts in Sierra Leone erlitten, und hebt hervor, wie wichtig es ist, in diesen Fragen nach wirksamen Lösungsmöglichkeiten zu suchen;

13. *bekundet seine ernsthafte Besorgnis* über die in den Ziffern 38 bis 40 des Berichts des Generalsekretärs vom 14. März 2002 (S/2002/267) genannten, von der UNAMSIL gefundenen Beweise für Menschenrechtsverletzungen und Verstöße gegen das humanitäre Recht, ermutigt die UNAMSIL, ihre Arbeit fortzusetzen, und ersucht in diesem Zusammenhang den Generalsekretär, in seinem September-Bericht eine weitere Lagebeurteilung vorzulegen, insbesondere was die Lage der Frauen und Kinder angeht, die unter dem Konflikt zu leiden hatten;

14. *bekundet seine ernste Besorgnis* über Behauptungen, denen zufolge einige Bedienstete der Vereinten Nationen an dem sexuellen Missbrauch von Frauen und Kindern in Lagern für Flüchtlinge und Binnenvertriebene in der Region beteiligt gewesen sein könnten, unterstützt die Nulltoleranzpolitik des Generalsekretärs für solche Missbräuche, sieht mit Interesse dem Bericht des Generalsekretärs über das Ergebnis der Untersuchung dieser Behauptungen entgegen, und ersucht ihn, Empfehlungen dafür abzugeben, wie solche Straftaten in Zukunft verhindert werden können, und fordert gleichzeitig die betroffenen Staaten

auf, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um ihre eigenen Staatsangehörigen, die für solche Straftaten verantwortlich sind, vor Gericht zu bringen;

15. *legt* der UNAMSIL *nahe*, im Rahmen ihrer Möglichkeiten und innerhalb ihrer Dislozierungsgebiete zurückkehrenden Flüchtlingen und Vertriebenen weiterhin Unterstützung zu gewähren, und fordert alle Beteiligten nachdrücklich auf, in Erfüllung ihrer Verpflichtungen nach der Waffenruhevereinbarung von Abuja zu diesem Zweck zu kooperieren;

16. *begrüßt* die Absicht des Generalsekretärs, die Sicherheitssituation sowie die politische, humanitäre und Menschenrechtssituation in Sierra Leone auch künftig genau zu beobachten und dem Rat nach entsprechenden Konsultationen mit den truppenstellenden Ländern Bericht zu erstatten und ihm dabei etwaige zusätzliche Empfehlungen vorzulegen, und ersucht den Generalsekretär insbesondere, vor dem 30. Juni 2002 einen Zwischenbericht vorzulegen, der die Situation nach den Wahlen und die Aussichten für die Friedenskonsolidierung bewertet;

17. *beschließt*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.
